

# Globale Tabakkontrolle: Internationale Aufgabe wahrnehmen!

(Stand: 26.02.2025)

## Hintergrund

Die **Framework Convention on Tobacco Control (FCTC)** ist das erste internationale Gesundheitsabkommen der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Es hat zum Ziel, den weltweiten Tabakkonsum und die damit verbundenen gesundheitlichen, sozialen, wirtschaftlichen und umweltbezogenen Folgen zu reduzieren. Nach seiner Verabschiedung im Jahr 2003 trat es 2005 in Kraft und wurde bis heute **von 182 Vertragsparteien ratifiziert**. Damit sind fast alle WHO-Mitgliedstaaten sowie die Europäische Union Vertragspartei. In regelmäßigen Abständen finden **Konferenzen (COP) und Treffen (MOP) der FCTC Vertragsparteien** statt, bei denen die Umsetzung und Weiterentwicklung des Abkommens diskutiert wird.

**Deutschland** ist seit Beginn ein **aktiver Vertragspartner** der FCTC und nimmt so eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der internationalen Tabakkontrollpolitik ein. Die **EU-Kommission** vertritt die Interessen der EU-Mitgliedstaaten auf der Grundlage eines Mandats, das im Vorfeld einer jeden FCTC Verhandlungsrunde von den EU Mitgliedstaaten mit der EU-Kommission erarbeitet wird.

Ein bedeutendes Beispiel für weitreichende Entscheidungen war die Verabschiedung der EU-Tabakproduktrichtlinie (TPD) im Jahr 2014, die auf Empfehlungen der FCTC basierte und u. a. die Einführung von Warnhinweisen und das Verbot von Zigaretten mit Aromastoffen regelte. Diese Richtlinie wurde anschließend in deutsches Recht umgesetzt und hat die nationale Tabakkontrollpolitik nachhaltig beeinflusst. Ein weiteres Beispiel für die **hohe politische Relevanz der FCTC** ist ein Vorschlag Brasiliens bei der COP10 im Februar 2024, der auf ein weltweites Verbot von Zigarettenfiltern abzielte. Dieser Vorschlag führte zu erheblichen Spannungen, da weitreichende wirtschaftliche Auswirkungen hätte haben können: Ein solcher ad hoc Beschluss hätte nicht nur die Tabakindustrie betroffen, sondern auch die Fiskalpolitik vieler Länder, darunter Deutschland, gefährdet.<sup>1</sup>

Die nächste **COP11** ist für den **17.-22.11.2025** in Genf geplant, gefolgt von **MOP4** am **24.-26.11.2025**. Gegenstand der Beratungen wird voraussichtlich u.a. eine **Erweiterung der Definition von Tabakprodukten** sein, insbesondere könnte diskutiert werden, ob Nikotinprodukte und verwandte Erzeugnisse wie E-Zigaretten in den Regelungsrahmen der FCTC einzubeziehen sind.

## Problem

Aufgrund der weiten Zielsetzung der FCTC sind innerhalb der Bundesregierung **mehrere Ministerien betroffen**: Das Bundesministerium für Gesundheit (**BMG**), das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (**BMWK**), das Bundesministerium der Finanzen (**BMF**) und teils sogar das Ministerium für Arbeit und Soziales (**BMAS**). Dies erfordert eine enge fachliche Abstimmung zwischen den beteiligten Häusern. In welchem Umfang dies bislang erfolgte, ist nicht ganz klar.

Zudem muss die Fachabstimmung der beteiligten Häuser frühzeitig erfolgen, da die abgestimmte Positionierung der Bundesregierung bereits für die Abstimmung im Rat im Hinblick auf das **Verhandlungsmandat der EU** notwendig ist.

## Lösung

Damit Deutschland 2025 bei den FCTC-Verhandlungen eine führende Rolle einnehmen kann, müssen **Zuständigkeiten zwischen den Ministerien klar geregelt** und frühzeitig abgestimmt werden. Eine enge Zusammenarbeit ist unerlässlich, um eine **kohärente nationale Position** zu entwickeln.

Die vorgezogenen Bundestagswahlen bieten die Chance, bis November eine – auch innerhalb der EU - abgestimmte Strategie vorzubereiten und die neue Regierung einzubinden. Dies sichert Deutschlands Einfluss und Glaubwürdigkeit in der internationalen Tabakkontrollpolitik.

Deutschland sollte seine **führende Rolle beibehalten**, um langfristig effektive Maßnahmen voranzutreiben und seinen **Status als globaler Gesundheitsakteur** zu stärken.

---

<sup>1</sup> Allein im Jahr 2023 erzielte Deutschland rund 14,7 Milliarden Euro an Einnahmen aus der Tabaksteuer, so dass jedes Verbot oder jede Einschränkung des Verkaufs von Tabakprodukten massive Steuerausfälle nach sich zöge.